



IN DIESEM HEFT u.a.

Hegemonie, Bündnispolitik und die soziale Frage	S. 4
„Ethnopluralistischer“ Nationalismus und Antisemitismus	S. 6
Der Kulturkampf von Rechts	S. 8
Thematisch „Bildung“	S. 11
Thematisch „Rechtspopulismus“	S. 13
Thematisch „Antisemitismus – Was tun?“	S. 14

Einleitung zur Dokumentation des Vernetzungstreffens

Diese Broschüre dokumentiert die Ergebnisse des regionalen Vernetzungstreffens „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“ am 3. März 2018 im Familienhaus Magdeburg. Das Vernetzungstreffen ist Teil des bundesweiten Projekts „Miteinander stärken. Rechtspopulismus entgegenwirken“ und wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Moderiert wurde es von Kevin Rosenberger, Bildungswissenschaftler und Psychologe an der Akademie Waldschlösschen.

Das LSVD-Projekt fördert die Akzeptanz von Lesben, Schwule, bisexuellen, trans* und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI*) und stärkt das gesellschaftliche Miteinander. Gemeinsam mit vielen Partner*innen bieten wir dem Rechtspopulismus Paroli und entwickeln wirksame Strategien und Bündnisse gegen Homophobie, Transfeindlichkeit und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Dabei steht nicht nur die LSBTI*-Community im Fokus, sondern auch der Austausch mit Projekten aus den Bereichen Antirassismus-, Antisemitismusprävention, aus der Bildungsarbeit, aus der Demokratieförderung, aus migran-tischen Organisationen und auch mit Trägern aus Sport, Kultur, Wissenschaft, Jugendarbeit und vielen weiteren Bereichen. Wir ermöglichen gegenseitige Lernprozesse.

Auf dem Vernetzungstreffen in Magdeburg wurden zusammen mit Bündnispartner*innen erste Bedarfe identifiziert, gemeinsame Strategien entwickelt sowie Anforderungen an Politik und Gesellschaft formuliert, um Rechtspopulismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzuwirken. Gleichfalls konnten sich die teilnehmenden Akteur*innen vernetzen und austauschen. Die Ergebnisse des Vernetzungstreffens werden in einem zweiten Schritt weiterentwickelt und bei einer für Frühjahr 2019 ebenfalls in Magdeburg geplanten Regionalkonferenz aus wissenschaftlicher Perspektive beleuchtet. Wissenschaftler*innen, Vertretungen aus Stiftungen, aus der Politik und Fachkräfte aus den unterschiedlichsten Bereichen werden die Ideen und Strategien der Aktivist*innen auswerten und weiterdenken. Ziel ist

die gemeinsame Entwicklung von kreativen Ideen, um den faktenfreien Kampagnen von Rechtspopulist*innen und Gleichstellungsgegner*innen mit Mut entgegenzutreten und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Eine Allianz der Vielfaltsverteidiger*innen aufbauen – das ist eines der großen Ziele des Projektes. Projektträger ist der Familien- und Sozialverein des LSVD. Er wird in der Strukturentwicklung zum bundeszentralen Träger im Themen- und Strukturfeld "Akzeptanzförderung und Empowerment für lesbische, schwule, bi- und intersexuelle bzw. -geschlechtliche Menschen und ihre Angehörigen" vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.

Auszüge aus dem Grußwort von Staatssekretärin Susi Möbbeck



Foto: Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration Sachsen-Anhalt

„Wir brauchen Zusammenhalt und abgestimmte Strategien gegen Homo- und Transphobie und Abwertung, um zu verhindern, dass von Diskriminierung Betroffene sich unsicher und ausgeschlossen fühlen.“

– Susi Möbbeck, Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt und Integrationsbeauftragte der Landesregierung

Ungleichwertigkeitsvorstellungen, Stereotype, Ausgrenzungen zeigen, wie dünn die zivilisatorische Schicht der Demokratie sein kann. Neben Rassismus ist Homo- und Transphobie ein Baustein von rechtspopulistischen Erzählungen, der wie schleichendes Gift langsam in den Diskurs einsickert, um die Grenzen des Sagbaren zu verschieben...

Ich bin dankbar, dass das Bundesprogramm ‚Demokratie leben!‘ den Lesben- und Schwulverband als Träger strukturell unterstützt und damit das heutige Vernetzungstreffen möglich macht. Denn: Wir brauchen Zusammenhalt und abgestimmte Strategien gegen Homo- und Transphobie und Abwertung, um zu verhindern, dass sich Betroffene von Diskriminierung unsicher

und ausgeschlossen fühlen, dass sich Menschen aus Angst nicht zu ihrer sexuellen Identität und Orientierung, zu ihrer Liebe bekennen...

In Sportvereinen, auf der Arbeit, in Vereinen und Verbänden müssen wir klare Kante zeigen: denn die Abwertung Einzelner trifft unsere Gesellschaft als Ganzes...

Begrüßung

Grit Merker, Landesvorstand des LSVD Sachsen-Anhalt

Foto © privat



Liebe Freund*innen,

heute ist wieder ein 3. März. An einem 3. März haben sich Frauen der National Woman's Party in Washington auf die Straße begeben, um für das Frauenwahlrecht zu kämpfen, wofür sie vor den Augen der Polizei von einem wütenden Mob angegriffen wurden. Das war 1913. An einem 3. März begannen die Nationalsozialisten in Deutschland, ihnen unliebsame Menschen – damals noch hauptsächlich politisch Andersdenkende – in sogenannte „Schutzhaft“ zu nehmen. Das war 1933.

Dass Rechtspopulismus in Deutschland einmal derart erfolgreich sein könnte, hätten sich viele noch vor einigen Jahren nicht vorstellen können. In Sachsen-Anhalt ist nun ein AfD-Landesverband aktiv, den man getrost als rechtslastig einstufen kann. Seit seinem Auftreten hat sich einiges im politischen und gesellschaftlichen Alltag verändert. Da ist der Ton rauer geworden, es wird gegen gesellschaftliche Minderheiten gehetzt, politische Unkorrektheiten werden jetzt unverblümt ausgesprochen. Die hier anwesenden Landtagsabgeordneten können davon sicherlich das ein oder andere Lied singen.

Wir als Landesverband sind ebenfalls direkt konfrontiert. Bereits 2016 versuchte die AfD per Landtagsbeschluss

die Finanzierung des LSBTTI*-Aktionsprogramms zu verhindern. Es folgte die „Magdeburger Erklärung“, die LSBTTI* inklusive Bildungspläne und Methoden-Koffer massiv diffamierte und angriff.

„Das Perfide: niemand kann mit Gewissheit sagen, nicht selbst einmal angefeindet zu werden.“

– Grit Merker

Aber es sind nicht nur Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle (LSBTTI*) gegen die agitiert wird, es sind Frauen, ethnische Minderheiten, Asylsuchende, Alleinerziehende, Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen ... schlichtweg alle Menschen, die nicht dem rechtspopulistischen Menschen- und Familienbild entsprechen. Und das Perfide: Niemand kann mit Gewissheit sagen, nicht selbst einmal angefeindet zu werden.

Aus diesem Grund ist die Vernetzung und die Zusammenarbeit der richtige Weg, um gegen den drohenden Demokratieverlust und den andauernden Angriff auf Menschenrechte vorzugehen. Wir müssen das gemeinsam voranbringen und das Miteinander stär-

ken. Wir führen heute fort, was wir als LSVD in Sachsen-Anhalt bereits begonnen haben: in der gegenseitigen Unterstützung von Aktionen unserer Bündnispartner*innen vom „Bündnis gegen rechts“ bei der Meile der Demokratie oder der Vernetzung im Bereich von Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden.

Mich freut es wirklich sehr, dass nun dieses heutige Vernetzungstreffen im Magdeburger Familienhaus stattfindet. Dies ist ein Ort, an dem viele Menschen zusammenkommen, die unterschiedlichste Diskriminierungserfahrungen haben. Das zu betonen ist mir vor allem deshalb wichtig, da der LSVD Sachsen-Anhalt seit einem Jahr einen Hilfe-Treff für queere Menschen mit Fluchterfahrung unterhält.

Hier habe ich Menschen kennen lernen können, die ich in meinem normalen Alltag niemals getroffen habe. Dafür bin ich dankbar, weil diese Zusammentreffen noch einmal meinen Horizont an möglichen Diskriminierungen erweitert hat.

Ich hoffe, dass alle Teilnehmenden einen guten, sie weiterführenden Tag haben werden, dass wir alle uns für die gemeinsame Arbeit gegen Rechtspopulismus wappnen und wir gemeinsam für eine demokratische und diskriminierungsfreie Gesellschaft eintreten.

Grit Merker
Landesvorstand des LSVD Sachsen-Anhalt

(Es gilt das gesprochene Wort)

Keynote: Hegemonie, Bündnispolitik und die soziale Frage

Bodo Niendel, Referent für Queerpolitik der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Foto © Michla Schulze



„Ich plädiere dafür, sich stärker auf zivilgesellschaftliche Prozesse zu konzentrieren, um die derzeit rechte Hegemonie zu durchbrechen.“

– Bodo Niendel

Ein globaler Rechtsruck hat sich in den letzten Jahren vollzogen. Trump, Putin, Erdogan, Orban, Kaczynski, Kurz... Die Welt rückt nach rechts. Die AfD bekam bei der Bundestagswahl letzten Jahres 12,6 Prozent der Stimmen. Seitdem fällt sie zunehmend durch menschenfeindliche Äußerungen, den Schulterchluss mit Pegida und einer schleichenen Radikalisierung auf.

Obwohl die AfD-Fraktion von einer lesbischen Abgeordneten angeführt wird, trommelt sie gegen die Rechte von LSBTI* im Bundestag und auf der Straße (Pegida, Demo für Alle). Die AfD-Abgeordnete Nicole Höchst rühmte sich damit, fortan im Kuratorium der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld gegen LSBTI* zu agieren. Die Mittelstudien zeigen, dass die AfD auf dem Nährboden eines vorgefundenen Rassismus und einer Xenophobie wächst und diese Positionen immer stärker in die Gesellschaft verwurzelt.

Der neue globale Rechtsextremismus

Der neue globale Rechtsextremismus und Rechtspopulismus will sowohl intellektuell in die Mitte der Gesellschaft und diese radikalieren als auch abgehängte Bevölkerungsschichten an-

sprechen, indem er die sozialen Fragen ethnisiert. Spannungen werden angeheizt und zunehmend wird Gewalt in die Gesellschaft getragen, wie es der Rechtsextremismus-Experte Hajo Funke charakterisierte. Das nationale „Wir“ wird als ein letzter Rettungsanker gegen die Ängste vor einem „Untergang“, gegen die fortschreitende Globalisierung und einem scheinbaren Werteverfall angeboten.

Der Kampf gegen den Islam, gegen Flüchtlinge und ein Zurück zur traditionellen Familie funktionieren als ein „leerer Signifikant“, mit dem ein rechtes Menschenbild aufgeladen ist. Die AfD nutzt den Deutschen Bundestag, soziale Medien, Talkshows und Bierzelte als Bühne für ihre rechtsextreme Propaganda. Provokation, Opferkult und das Bestehen darauf, dass nur sie „das Volk“ vertreten, sind ihre Mittel. Die Rechten haben es geschafft, Parteien und Gruppierungen ihre Themen aufzudrücken. Die Gesellschaft verschieben sie nach rechts.

Das Versagen der Sozialdemokraten

Ich sehe im Anschluss an die Analyse des französischen Soziologen Eribon eine der Ursachen des Erstarken rech-

ter Positionen im Besonderen im Sozialen und vor allem darin, dass die einst sozialdemokratischen Parteien keine Alternative für jene bieten, die sich abgehängt fühlen sowie eine Mitte, die Ängste vor dem sozialen Abstieg hat. Der massive Ausbau des Niedriglohnsektors, steigende Mieten in Ballungsgebieten und Verteilungskämpfe bei der Essenausgabe an Tafeln sind ein Indikator dafür. Im Osten Deutschlands tritt zudem eine besondere Erfahrung von Entfremdung hinzu.

Die Rechten füllen diese Lücke und stellen sich als Anwälte der „kleinen Leute“, der Abgehängten und Abstiegsbedrohten und damit zugleich als Partei der Mitte dar. In ihrer Rhetorik werden bewusst soziale Probleme aufgegriffen, diese aber national und völkisch überformt, wie es das „Rentenkonzept“ von Björn Höcke zeigt. Das Absurde an der AfD ist, dass diese völkisch-sozialen Positionen im Widerspruch zum neoliberalen Flügel in der AfD um Alice Weidel stehen. Aber offenbar funktioniert es derzeit bei den Wähler*innen wie bei einem Bauchladen: Jeder nimmt, was er braucht und identifiziert sich mit dem Nationalen.

Die Freiheit des Marktes

Während queere Menschen in der westlichen Welt auf einer Welle der wachsenden Akzeptanz und Gleichstellung schwammen, veränderten sich die Gesellschaften grundlegend. Frauen, Lesben- und Schwulenbewegung drängten auf mehr Selbstbestimmung und die Überwindung von Konformität. Politische Entscheidungen, getragen vom Geist des Neoliberalismus, befeuerten Prozesse der Deregulierung, der Flexibilisierung und der Privatisierung. Die neue flexible Kultur des Kapitalismus, wie es der amerikanische Soziologe Sennet nennt, überrumpelte viele Menschen. Zwar verkleinerte sich das Heer der Arbeitslosen, doch mit unvergleichlicher Rasanz hielt das Heer der arbeitenden Armen Einzug. Die Realeinkommen sanken. Damit wurde auch eine Axt an den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft gelegt.

Die queeren Bewegungen haben sich währenddessen auf einen emphatischen Begriff der Menschenrechte und der Bürgerrechte gestützt. Zugleich haben sie den sozialen Teil dieser Menschenrechte zumeist ausgeklammert (Ausnahme: AIDS-Hilfen), obwohl die skizzierte Entwicklung die Lebensbedingungen auch vieler queerer Menschen deutlich verändert hat. Lebenspartnerschaftsgesetz und die Hartz-IV-Gesetze wurden fast zeitgleich beschlossen. Während wir das eine gefeiert haben, haben wir das andere nicht problematisiert: Fortschritt der individuellen Entfaltung auf der einen Seite und Rückschritt im Sozialen auf der anderen.

Mögliche Antworten

Während es zu gewaltigen sozialen Verwerfungen kam, haben wir viele Rechte erstritten, sie wurden uns nicht geschenkt. Gleiche Chancen und Rechte haben wir aber noch lange nicht, doch sein Freiheitsversprechen konnte der Neoliberalismus für queere Menschen wenigstens in gewissen Punkten einlösen. Der Rechtspopulismus zieht deshalb gerade uns als Beispiel für eine falsche Politik heran, die sie zu-

rückdrehen wollen. Wir stachen durch unsere Erfolge heraus. Der Kampf der AfD gegen „Gender-Wahnsinn“ und „Political Correctness“ ist zwar nicht das Hauptfeld ihrer Betätigung, aber gerade auf diesem Gebiet suchen sie den Schulterchluss mit Konservativen, der ihnen mit „völkischen“ Themen eher verwehrt bliebe.

Queere Bewegungen sollten über den eigenen Tellerrand schauen. Dass sie das können, haben sie während der Aufnahme der Flüchtlinge 2014-2015 in Deutschland und anderen Staaten durch ihr Engagement bewiesen. Oft waren queere Menschen an vorderster Stelle ehrenamtlich aktiv. Der aufkommende Rassismus in der Gesellschaft wurde gebrandmarkt und der LSVD, ebenso wie andere queere Gruppen und Einzelpersonen, beteiligten sich an Protesten gegen die regionalen Pegida-Ableger.

Mein Kerngedanke lautet, dass wir mit Hilfe von Bündnissen um eine Veränderung streiten sollten.

Diese Bündnisse sollten um konkrete soziale Veränderung und Emanzipation streiten. Dabei sollten sie aufzeigen, dass eine multikulturelle und freie Gesellschaft eine Bereicherung für alle Menschen ist. Soziales und Emanzipation sind zusammenzudenken, um die Herzen der Menschen zu erreichen.

Bodo Niendel
Referent für Queerpolitik der Bundestagsfraktion DIE LINKE

(Es gilt das gesprochene Wort)

„Das Vernetzungstreffen in Magdeburg war ein wegweisender Schritt zu einem zivilgesellschaftlichen Bündnis als Antwort auf den Rechtsruck. Vertiefende Vorträge, intensive Workshops und anregende Diskussionen haben Menschen verknüpft und Impulse geliefert. Ich freu mich sehr, dass der LSVD hier eine hervorragende Initiative gestartet hat und ich an dieser teilnehmen durfte. Nur im Bündnis – aus meiner Warte mit einem sozial-politischen Impuls heraus – werden wir die Hegemonie verändern können.“

– Bodo Niendel

Auf der anderen Seite haben einige Menschen die Hoffnung auf bessere Lebensverhältnisse für sich oder ihre Kinder verloren. Einige sind verängstigt oder fühlen sich vom Abstieg bedroht. Einige sehen in ihrer Proteststimme für den Rechtsextremismus und damit gegen queere Emanzipation einen Denkkettel für „die Etablierten“. Ich plädiere dafür, sich stärker auf zivilgesellschaftliche Prozesse zu konzentrieren, um die derzeit rechte Hegemonie zu durchbrechen. Mit zivilgesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Kämpfen kann die Hegemonie, im Sinne des Philosophen Antonio Gramscis, verschoben werden.

Workshop 1: „Ethnopluralistischer“ Nationalismus und Antisemitismus

Leitung: Carl Chung, Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e.V. (JFDA)

Foto © privat



„Wenn man am ‚judenfreundlichen‘ Lack der ‚ethnopluralistischen‘ Ideologie kratzt, wenn man der Spur des ‚identitären‘ Verschwörungsmythos vom ‚Großen Austausch‘ folgt, stößt man früher oder später auf dessen gar nicht neuen Kern: auf die Mär von der ‚völkerzersetzenden jüdischen Weltverschwörung‘ mit den bekannten Stereotypen und Deutungsmustern des traditionellen Antisemitismus.“

– Carl Chung

Warum ist es wichtig, Erscheinungsformen von Antisemitismus, Rassismus und demokratiefeindlichen Einstellungen entgegen zu wirken?

- Antisemitismus in allen seinen Erscheinungsformen bedroht die freiheitliche Demokratie in Deutschland nach der Shoa.
- Die den Menschenrechten verpflichtete, freiheitliche Demokratie ist die stärkste Bastion gegen den Antisemitismus.

Welche Positionen der radikalen und extremen Rechten bedrohen unsere Demokratie?

- Völkischer Rassismus und Antisemitismus – „traditioneller Rechtsextremismus“
- Ethnozentrierter-kulturalistischer Nationalismus – „identitärer“ Rechtsextremismus / „Neue Rechte“
 - Islam- und Muslimfeindlichkeit
 - Antipluralismus – Minderheitenfeindlichkeit – Ablehnung des „Systems“
 - Diffamierung „volksfeindlicher“ Eliten, Medien, politischer Gegner
 - Verschwörungsmithen und Anti-Establishment-Ressentiments

Was zersetzt die Fundamente der Demokratie?

- Relativierung von Bürger-, Grund- und Menschenrechten (Freiheit und Gleichheit)
- Diffamierung politischer Gegner
- Angriff auf den politischen Pluralismus („Volksverräter“, „Volksfeinde“, „Terrorunterstützer“)
- Angriffe auf freien Medien („Fake-News“, „Lügenpresse“)
- Diskreditierung der Wissenschaften („alternative Fakten“)
- Zersetzung des Konzepts der allgemeinen und unteilbaren Menschenrechte

Was zeichnet die „Neue Rechte“ aus?

- kein offen positiver Bezug auf den Nationalsozialismus
- Argumentation mit Kultur statt mit „Rasse“; wobei Kulturen als „natürliche“ und unveränderbare Kollektive verstanden werden
- Abwendung vom militanten Kampf und Anstreben eines kulturellen „Kampfs um die Köpfe“
- Brechen mit alten Bildern vom Skinhead-Nazi: die „Neue Rechte“ gibt sich anschlussfähig an die Mehrheitsgesellschaft; Eingehen auf aktuelle Trends in Mode, Medien und Jugendkultur

Was ist die „Identitäre Bewegung“?

- Selbstverständnis als europäische Jugendbewegung – gegründet in Frankreich, in Deutschland seit 2012 aktiv
- Abgrenzung vom klassischen Rechtsextremismus, Bezüge zu Pop- und Jugendkultur, um gut bei Jugendlichen anzukommen; moderne Medienstrategie, hohe Aktivität in sozialen Netzwerken und Selbstinszenierung als „rechte Avantgarde“
- vertritt die Ideologie des „Ethnopluralismus“, die nicht mehr biologistisch-rassistisch, sondern kulturalistisch argumentiert; Kultur wird als ethnisch-national verstanden und essenzialisiert
- Mythos vom „großen Austausch“: Behauptung, das deutsche Volk stürbe aufgrund geringer Geburtenraten aus und würde – von „den Eliten“ geplant und gesteuert – nach und nach durch Migration ersetzt

Was charakterisiert den kulturalistisch-nationalistischen Populismus?

- „Volkstümlicher“ Politikstil, übermäßige Vereinfachungen
- „Für DAS Volk“ (gedacht als homogen und monolithisch)
- Kulturalistischer („identitärer“) Nationalismus
- Antimodernismus im Sinne von antipluralistischer, antiegalitärer und antiwestlicher Identitätspolitik
- Intellektuellen- und Wissenschaftsfeindlichkeit
- Dichotomie: „WIR da unten“ gegen „DIE da oben“ (Schwarz-Weiß-Muster, für die „kleinen“ Leute)
- Anti-Establishment gegen DIE da oben im Sinne von „spekulativem und wurzellosen Finanzkapital“, „wurzellosten Kosmopoliten“ usw. (mit einer Tendenz zu Verschwörungstheorien)

„Ethnopluralistischer“ Nationalismus und Antisemitismus?!

- Fazit: Es bleibt widersprüchlich!
- Widersprüchliche Selbst- und Fremdwahrnehmung der „Neuen Rechten“ und inkonsistente Ideologeme:
 - Muslimfeindlich motivierter, vor allem israelbezogener (vorgeblicher?) Philosemitismus
 - Kulturalistisch motivierter, struktureller und Post-Shoa-Antisemitismus sowie Verschwörungsmymthen
 - Grenzüberschreitungen zum völkisch-rassistischen Rechtsextremismus und Antisemitismus

Workshop 2: Der Kulturkampf von Rechts

Leitung: Georg Matzel, Leiter der Rainbow Connection LSVD Sachsen-Anhalt



Foto © LSVD - Carro Kadritz

„In Zeiten wie dieser ist es enorm wichtig, für eine Kultur der Vielfalt und Akzeptanz, eine Kultur des solidarischen Miteinanders zu werben und dafür unablässig zu arbeiten. Die Menschen des 21. Jahrhunderts haben es verdient, dass ihre Ansprüche an eine gerechte Welt endlich erhört werden.“

– Georg Matzel (LSVD Sachsen-Anhalt)

Begriffsklärung: Woher kommt der Begriff „Kulturkampf“?

„Kampf der Kulturen“ („Clash of Civilizations“) ist ein 1996 erschienenes Buch des Politikwissenschaftlers Samuel Huntington, in welchem er beschreibt, dass nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes die Welt nunmehr multipolar und multikulturell geworden sei und sich künftig Konflikte zwischen den

verschiedenen Kulturen verschärfen würden. Besonders relevant wurde der Begriff des „Kulturkampfes“ nach dem 11. September 2001. Huntington stellte in seinem Buch heraus, dass besonders Religionen als identitätsbildender Faktor den Begriff der Kulturen prägen und dass sich somit „Bruchlinien“

zwischen den Menschen verschiedener religiöser Zugehörigkeit auftraten. Nach 09/11 schien diese Annahme bestätigt und prägt seither das Verhältnis zwischen Menschen einer „christlich-abendländischen“ und einer „muslimisch“ geprägten Kultur.

Rechtspopulismus in Deutschland

Mit den öffentlich geführten Debatten um Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ geriet der Rechtspopulismus in Deutschland seit Mitte der 2000er Jahre in Fahrt. Fragen nach der demographischen Entwicklung, die Diskriminierung von Hartz-IV-Bezieher*innen, nach Zuwanderung und Flucht wurden besonders von Rechtspopulist*innen auf die Agenda gesetzt. Die AfD (Alternative für Deutschland) gründete sich 2013 als eurokritische Partei. Die Gründung der Partei war nach eigenen Angaben der AfD eine Protestreaktion auf die Euro-Rettungspolitik. Im Zuge der steigenden Zahlen von Geflüchteten änderte sich der Kurs der AfD signifikant in Richtung einer völkisch-nationalistischen Partei. Seit ihrer Gründung hat sich die

AfD unaufhaltsam zu einem so unberechenbaren wie unheimlichen politischen Sammelbecken für Menschen aus dem gesamten rechten Spektrum radikalisiert. Die AfD positioniert sich selbst als Partei rechts von der Union, ohne sich klar von Rechtsextremen abzugrenzen. Immer wieder sucht die AfD die Nähe zu Rechtsaußen. Innerhalb der Partei bestehen personelle und inhaltliche Überschneidungen mit der Neuen Rechten um Götz Kubitschek¹, nationalistischen Burschenschaften, der rechtsextremen NPD, der (gewalt-bereiten) rechtsextremen Szene oder den vom Verfassungsschutz ebenfalls beobachteten Identitären.² Der völkisch-nationalistische Flügel um den AfD-Fraktions- und Landeschef in Thüringen, Björn Höcke, ist inzwischen eine

mächtige Strömung in der AfD. Seit ihrer Gründung und spätestens ihrem rasanten Aufstieg im Wahljahr 2014 war die AfD eine Allianz und Sammelbecken für drei Strömungen, die sich alle über eine Zementierung von sozialer Ungleichheit³ definieren:

- einen neoliberalen, Euro-kritischen Flügel um Bernd Lucke und Konrad Adam,
- einen christlich-fundamentalistisch, anti-säkularen und aristokratisch-klerikalen Flügel um Beatrix von Storch,
- einen völkisch-nationalistischen Flügel um Björn Höcke und André Poggenburg.⁴

Unheilige Allianzen – Christliche Fundamentalist*innen und der Rechtspopulismus

Ein Beispiel für die Schnittmengen von christlichen Fundamentalist*innen und Rechtspopulist*innen ist der Verein „Zivile Koalition“. Die „Zivile Koalition“ ist ein Verein, der maßgeblich mit der Familie von Storch verbunden ist⁵. Das Netzwerk dieses Vereins mit christlich-fundamentalistischen Gruppen wurde eindrucksvoll dargelegt in Andreas Kempers Expertise „Keimzelle der Nation“. Dieses Netzwerk fördert nach Kemper ein konservativ-christlich geprägtes Familienbild und hetzt gegen Gender-Mainstreaming und Homosexuelle. Auch die sog. „Demo für Alle“ ist ein Beispiel einer solchen unheiligen Allianz. Sie geht zurück auf das französische Pendant „Manif pour tous“⁶ und ist ein Bündnis aus christlichen Organisationen und rechtspopulistischen Initiativen. Initiatorin der gegenwärtigen Stimmungsmache ist die homophobe „Demo für alle“ um Hedwig von Beverfoerde. Beverfoerde organisiert die homophobe „Demo für alle“, sitzt im Redaktionsbeirat der rechtspopulistischen Freien Welt und war lange Zeit Sprecherin der Initiative Familienschutz um Sven von Storch. Das Bündnis um

Beverfoerde mobilisierte auch in Hessen und Bayern schon gegen die neuen Lehrpläne zur Familien und Sexualerziehung. In Baden-Württemberg diffamierte die „Demo für alle“ massiv den Bildungs- und Aktionsplan⁷ und wendet sich gegen ein offenes, diskriminie-

rungsfreies und wertschätzendes Verständnis für die Verschiedenheit und Vielfalt der partnerschaftlichen Beziehungen, sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten. Das Impressum der „Demo für alle“ gibt Magdeburg als Sitz aus.



Neues Feindbild: „Linksextremismus“

Im Dezember 2017 stellte die AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt eine große Anfrage zur Fördermittelvergabe an den Verein Miteinan-

der e. V., um dessen Arbeit gegen Rechtsextremismus zu hinterfragen.⁸ Auf Antrag der AfD-Fraktion hatte der Landtag bereits am 24. August 2017

die Bildung einer Enquete-Kommission zu Linksextremismus in Sachsen-Anhalt beschlossen.⁹ Geführt wird diese Kommission von André Poggenburg.

Diffamierung von Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung

Die AfD bezieht einen Großteil ihrer Popularität aus dem Schüren von Vorurteilen gegen Migrant*innen und gegen Geflüchtete. Besonders häufig wird diesen unterstellt, sie würden sich in sexueller Weise an den deutschen Frauen vergreifen¹⁰, bezögen ungerechtfertigt Sozialleistungen und wären

kriminell.¹¹ Zudem würden besonders Geflüchtete beim Recht auf Asyl betrügen, etwa aus wirtschaftlichen Gründen. Die AfD begreift sich dabei als „Fundamentalopposition“ und will dem sogenannten „System der Altparteien“ beikommen. Der Begriff der sogenannten „Altparteien“ wurde schon von der

NSDAP benutzt, um sich in positiver Weise von den politischen Gegner*innen der damaligen Zeit abzugrenzen.¹²



Anmerkungen

¹ Götz Kubitschek war auch Ehrengast auf der Wahlparty der AfD Sachsen-Anhalt. Stange, Jennifer (2016): Rechte Idylle. www.freitag.de/autoren/der-freitag/rechte-idylle (Abgerufen am 25. Juni 2018)

² Maria Fiedler (2017): Wie radikal wird die AfD-Fraktion im Bundestag? www.tagesspiegel.de/themen/agenda/zukunftige-abgeordnete-wie-radikal-wird-die-afd-fraktion-im-bundestag/19509804.html (Abgerufen am 25. Juni 2018)

³ Siehe auch Lesben- und Schwulenverband (2017): AfD - eine unberechenbare Alternative. Online verfügbar unter: <https://www.lsvd.de/politik/rechtspopulismus-entgegengetreten/afd-eine-unberechenbare-alternative.html> (Abgerufen am 25. Juni 2018)

⁴ Vgl. Andreas Kemper (2015): Christlicher Fundamentalismus und neoliberal-nationalkonservative Ideologie am Beispiel der „Alternative für Deutschland“. In: Lucie Billmann (Hg.): Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und Politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg. Rosa Luxemburg Stiftung, S. 21-29.

⁵ Vgl. Kemper, Andreas (2014): Keimzelle der Nation? Familien und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft (Hrsg.), S. 15 ff. Online verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10641-20140414.pdf> (Abgerufen am 25. Juni 2018)

⁶ Bündnis für Akzeptanz und Vielfalt Wiesbaden (o.J.): Recherche-Papier: Wer ist die sogenannte „Demo für Alle“? Online verfügbar unter: <https://ihr-seid-nicht-alle.de/wp-content/uploads/2016/10/Wer-demonstriert-bei-der-Demo-fuer-alle.pdf> (Abgerufen am 25. Juni 2018)

⁷ Vgl. Demo für alle: Bildungsplan. Online verfügbar auf: <https://demofueralle.blog/tag/bildungsplan/> (Abgerufen am 25. Juni 2018).

⁸ Vgl. AfD-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt (2017): Fördermittelvergabe an den Verein „Miteinander e. V.“ und angeschlossene Projekte im Rahmen der sogenannten „Demokratieförderung“ des Landes Sachsen-Anhalt. Drucksache 7/2247 vom 20.12.2107. Online verfügbar unter: <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d2247aga.pdf> (Abgerufen am 25. Juni 2018). Siehe auch Antwort der Landesregierung vom 25.04.2018, online verfügbar unter: <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d2791lag.pdf> (Abgerufen am 25.06.2018)

⁹ Vgl. Landtag von Sachsen-Anhalt (2017): Enquete-Kommission zu Linksextremismus. Online verfügbar unter: <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/2017/enquete-kommission-zu-linksextremismus/> (Abgerufen am 25. Juni 2018)

¹⁰ Vgl. AfD-Kompakt, Mitglieder Magazin: Mehr sexuelle Übergriffe durch Migranten. Beitrag vom 20. Dezember 2017. Online verfügbar auf: <https://afdKompakt.de/2017/12/20/mehr-sexuelle-uebergriffe-durch-migranten/> (Abgerufen am 25. Juni 2018)

¹¹ Vgl. Bystron, Petr (2017): AfD fordert verstärkten Kampf gegen kriminelle Migranten. Online verfügbar unter: <https://www.afdbayern.de/afd-fordert-verstaerkten-kampf-gegen-kriminelle-migranten/> (Abgerufen am 25. Juni 2018)

¹² Vgl. Pfeffer, Kilian (2017): Der politische Kampf um die Sprache. SWR2 Wissen, online verfügbar unter: <https://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/wissen/radikales-mainstreaming/-/id=660374/did=19964480/nid=660374/13kcz3e/index.html> (Abgerufen am 25. Juni 2018)

Vielfaltsverteidiger*innen: Entwicklung von Strategien und Handlungsempfehlungen zu den Schwerpunkten „Bildung“, „Rechtspopulismus“ und „Antisemitismus“

Am Nachmittag arbeiteten die Teilnehmenden in rotierenden Kleingruppen an insgesamt drei Thementischen:

- Bildung
- Rechtspopulismus
- „Antisemitismus – Was tun?“

Dokumentation Thementisch „Bildung“

Zentrale Aussagen

- + Vielfalt / Diversity in pädagogische Konzepte (Kita, Schule, VHS) aufnehmen
- + Vielfalt von Identitäten und Lebensentwürfen als Querschnittsthema in der Bildungsarbeit
- Sensibilisierung von Eltern in Schulen und Kitas
- Verweise ins Kinderförderungsgesetz (KiföG), Lehrpläne und gesetzlichen Rahmen
- + Elternarbeit verstärken und Familien einbinden
- Sensibilisierung von Beiräten (zum Beispiel Schüler*innen-Vertretungen, Elternbeiräte etc.)

Maßnahmen

- + Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Querschnittsthema in die fachdidaktische Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften aufnehmen
- + Diversitätsensible Schulmaterialien entwickeln
- + hauptamtliche queere Ansprechpersonen an Schulen etablieren
- betrifft auch Richter*innen, Anwält*innen, medizinisches Personal und die Polizeibehörden
- + geschlechtergerechte Sprache verwenden
- + Aktionstage an Schulen durchführen, mögliche Schwerpunkte: Homophobie, Antisemitismus, Transfeindlichkeit, Rassismus usw.
- + gendersensible Sanitäranlagen, Umkleidekabinen

Forderungen

- + LSBTI*-inklusive Bildungspläne von der Kita bis zur Erwachsenenbildung
- + personelle Ressourcen in der Bildung aufstocken
- Rassismus, Antisemitismus, Geschlechtergerechtigkeit ...
- + Schulen und Kitas stärker für externe Projekte öffnen (SCHLAU etc.)
- sexuelle und geschlechtliche Vielfalt stärker mit anderen Themen verzahnen wie zum Beispiel mit:

Strategien

- + Sensibilisierung
- + Aufklärung
- + konservative Lebensmodelle akzeptieren und Gemeinsamkeiten betonen
- + Weitervermittlungskompetenz entwickeln
- + Bezug auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in der Bildungsarbeit herausstreichen
- gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit offen ansprechen

Grafik (Ausschnitt) © LSVD – bikablo.com / Tobias Wieland



Dokumentation Thementisch „Rechtspopulismus“

Zentrale Aussagen

- + **Allianzen bilden, stärken und leben**
- Austausch und Vernetzung von unterschiedlichen Organisationen vorantreiben
- persönliche Kontakte mit (potentiellen) Bündnispartner*innen intensivieren
- + **Rechtspopulist*innen zur Diskussion stellen**
- Ziel: Publikum überzeugen / aktive Themensetzung
- Voraussetzung: Diskussion inhaltlich gut vorbereiten und im Vorfeld Qualifizierungsseminare und Argumentationstrainings besuchen
- Forderungen formulieren, die auch für andere Organisationen anschlussfähig sind, zum Beispiel Gewerkschaften, Geflüchtete, Frauen*-Verbände usw.
- + **Medienpräsenz im öffentlichen und privaten Rundfunk stärken**
- LSBTI* medial sichtbar machen, v.a. auch als Profis ihrer Lebenswelt
- + **Abschaffung des Eigenanteils bei Projektfinanzierung**
- + **Politischer Wille ist entscheidend (bis hin zur Stadt-/Landesspitze)**



Maßnahmen

- + Themenbereich in den Landesaktionsplan aufnehmen
- + öffentliche Orte besetzen
- + gegen Angriffe aus dem rechten Lager auf die Straße gehen
- + Freiräume schaffen: Solidarität durch Begegnung
- + Multiplikator*innen qualifizieren
- + Austausch mit Kirchengemeinden und anderen Religionsgruppen, Sportvereinen, Vereinen im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit, (freiwilligen) Feuerwehren, Technischem Hilfswerk usw.

Forderungen

- + Landesaktionspläne gegen Homophobie und Transfeindlichkeit in den Bundesländern umsetzen
- + kontinuierliche Ausstattung von Beratungsstellen und Interessenvertretungen
- + einen bundesweiten queeren TV-Sender etablieren
- + Vertretung von LSBTI* in Rundfunk- und Fernsehärten
- + grundlegende Probleme sozialer Natur (Schere arm – reich) müssen von der Politik behoben werden
- Beispiele wie die Essensausgabe an den Tafeln oder die Unterbringung Geflüchteter zeigen, dass nur an Symptomen herumgedoktert wird.
- Wenn wirklich gehandelt wird (das heißt, wenn Geld zur Verfügung gestellt wird), dann können die Menschen erkennen, dass ihre Probleme ernst genommen werden.
- Lösungen für persönliche und drängende Probleme der einzelnen Bedürftigen müssen gefunden werden, damit sie nicht für einfache Antworten des Rechtspopulismus empfänglich sind.

Strategien

- + **LSBTI*-Community kann mehr bewirken, wenn sie in den Parteien Beschlüsse durch Debattenbeiträge mit beeinflusst**
- + **eigene Präsenz vor Ort verstärken und als Verein/Initiative sichtbar werden**
- + **aktiv Stellung gegen Menschenfeindlichkeit und rechtspopulistische Agitationen nehmen: klare Kante zeigen**
- + **auf Sprache achten:**
 - rechtspopulistische Diffamierungen nicht wiederholen
 - Begriffe und Zitate einordnen
 - klar benennen, was Rechtspopulist*innen mit ihren Kampfbegriffen erwirken wollen
 - deutlich machen, was hinter den rechten Begriffen steckt
 - menschenfeindliche Aussagen entlarven und Grenzen der Diskussion aufzeigen
- + **rechtspopulistische Agitationen nicht unnötig medial verstärken, indem man sie weiterverbreitet, denn:**
 - viele Artikel versuchen zu emotionalisieren und Empörung zu schüren
 - stattdessen besser Gegenpositionen verbreiten und sichtbar machen

Dokumentation Thementisch „Antisemitismus – Was tun?“

Zentrale Aussagen

- + **subversive Verunsicherungsstrategien erkennen wie zum Beispiel antisemitische Verschwörungstheorien**
- + **Widersprüche bei antisemitischen Agitationen oder Verschwörungstheorien deutlich machen**
- + **in der Diskussion Beziehung zum Gegenüber halten**
- + **Person als Mensch annehmen: sein/ ihr Anliegen ernst nehmen**
- + **Essenz des eigenen Anliegens herausstreichen**
- + **aktives Zuhören, konsequentes Nachfragen**
- + **„Ich-Botschaften“ in der eigenen Argumentation verwenden: „Meine Position ist ...“ / „Ich meine ...“**

Maßnahme

- + **Tag der offenen Tür jüdischer Gemeinden mit einem Infotisch der LSBTI*-Community bereichern**



Ausblick

Die Ideen und Impulse der Teilnehmenden des Vernetzungstreffens werden in einem zweiten Schritt weiterentwickelt und bei einer – für Frühjahr 2019 ebenfalls in Magdeburg geplanten – Regionalkonferenz gemeinsam mit Expert*innen und Multiplikator*innen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen weiterentwickelt, analysiert und gefestigt.

Zur Förderung der Debattenkultur werden auch bundesweite Regenbogenparlamente veranstaltet. Im Rahmen dieser bundesweit einmaligen Foren wird dem intensiven fachlichen Austausch zum Thema „Regenbogenkompetenz“ in den unterschiedlichsten Gesellschafts- und Politikbereichen Raum gegeben. Gleichzeitig wollen diese Formate Impulsgeber sein, um neue Allianzen und Bündnisse zwischen LSBTI*-Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen anzustoßen (zum Beispiel mit Gewerkschaften und Unternehmen, Medien, Wissenschaft, Kultur und Sport, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, migrantische und antirassistische Initiativen, Fachkräfte aus der Bildungs-, Familien- und Jugendarbeit und anderen).

„Ungleichwertigkeitsvorstellungen, Stereotype und Ausgrenzungen zeigen, wie dünn die zivilisatorische Schicht der Demokratie sein kann. Neben Rassismus ist Homo- und Transphobie ein Baustein von rechtspopulistischen Erzählungen, der wie schleichendes Gift langsam in den Diskurs einsickert, um die Grenzen des Sagbaren zu verschieben.“

– Susi Möbbeck, Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt und Integrationsbeauftragte der Landesregierung

Weitere Informationen zum Projekt und die Dokumentationen der Veranstaltungen finden Sie unter www.miteinander-staerken.de

Erstellung der Dokumentation

Redaktion: René Mertens, Jürgen Rausch, Markus Ulrich
Ausschnitte aus Graphic Recordings: Tobias Wieland, Leipzig, www.tw-illustration.de
Gesamtgestaltung: Helga Braun, Hamburg www.comedia-hamburg.de

Hinweis

Die Veröffentlichungen in dieser Dokumentation stellen keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) oder des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die jeweiligen Autor*innen die Verantwortung.

Impressum

V.i.S.d.P.: Familien- und Sozialverein des LSVD e.V., vertreten durch Klaus Jetz
Postfach 10 34 14, 50474 Köln
www.lsvd.de

Alle Veranstaltungen im Rahmen des LSVD-Projekts „Miteinander stärken“

Veranstaltungen 2017

- 20.10.2017:
Vernetzungstreffen Leipzig
- 09.12.2017:
Vernetzungstreffen Mannheim

Veranstaltungen 2018

- 20.01.2018:
Vernetzungstreffen Dortmund
- 17.02.2018:
Regenbogenparlament Berlin
- 03.03.2018:
Vernetzungstreffen Magdeburg
- 22.09.2018:
Regenbogenparlament Köln
- 10.10.2018:
Regionale Konferenz Leipzig
- November 2018:
Regionale Konferenz München

Veranstaltungen 2019

- Februar 2019:
Regionale Konferenz Düsseldorf
- März 2019:
Regionale Konferenz Magdeburg
- 07.09.2019:
Regenbogenparlament Hamburg

Kontakt zum LSVD-Projekt „Miteinander stärken“

In Köln: Jürgen Rausch
Hülchrather Str. 4, 50670 Köln
Telefon: 0221 - 92 59 61 13
Fax: 0221 - 92 59 61 11
E-Mail: juergen.rausch@lsvd.de

In Berlin: René Mertens
Almstadtstr. 7, 10119 Berlin
Telefon: 030 - 78 95 47 63
E-Mail: rene.mertens@lsvd.de

Website des Projekts www.miteinander-staerken.de

LSVD
Lesben- und Schwulenverband